



## **EUROPÄISCHER AUSSCHUSS SOZIALER DIALOG IM POSTSEKTOR ARBEITSGRUPPE "ENTWICKLUNG DES POSTSEKTORS"**

### **GEMEINSAME ERKLÄRUNG ÜBER DIE ENTWICKLUNG DES POSTSEKTORS**

---

1. Die Mitglieder des Ausschusses Sozialer Dialog Post haben die Entwicklung der europäischen Postdienste angesichts der vorgeschlagenen weiteren Liberalisierung besprochen. Am 2. April 2007 wurde in Brüssel mit Unterstützung der Europäischen Kommission (EK) ein Workshop mit dem Titel „Entwicklung des Postsektors innerhalb eines im Wandel begriffenen Kommunikationsmarkts“ abgehalten. Regulierung, soziale Auswirkungen und Change Management wurden detailliert behandelt. Der Workshop baute auf die langjährige Arbeit der Arbeitsgruppe Ausbildung/CSR des Ausschusses Sozialer Dialog Post und die im Juni 2006 unterzeichnete gemeinsame Erklärung zu Ausbildung und Kompetenzentwicklung auf.
2. Ziel des Ausschusses, gemäß der Geschäftsordnung, ist die Beratung der Kommission bei Initiativen im Bereich Sozialpolitik und Entwicklungen der europäischen Politik, die soziale Auswirkungen auf den Postsektor und die zugehörigen Dienstleistungssektoren haben könnten. Trotz der erheblich abweichenden Ansichten bezüglich des Liberalisierungsprozesses wollen die Mitglieder des Ausschusses Sozialer Dialog Post das wichtige Thema der sozialen Auswirkungen der Entwicklung des Postsektors angehen.
3. Die Mitglieder des Ausschusses Sozialer Dialog Post betonen, dass der Postsektor einer der größten Arbeitgeber Europas ist (1,8 Millionen Beschäftigte). Er spielt auch eine wesentliche historische Rolle im wirtschaftlichen und sozialen Leben Europas.
4. Die Mitglieder des Ausschusses Sozialer Dialog Post berücksichtigen die Wettbewerbssituation des Postsektors (einschließlich Ersatz durch elektronische Medien) und die Perspektive der vorgeschlagenen vollständigen Marktöffnung.
5. In diesem Zusammenhang wird die Bedeutung des Universaldienstes hervorgehoben. Die Mitglieder des Ausschusses Sozialer Dialog Post sind darauf bedacht, dass die Europäische Kommission erkennt, dass qualitativ hochwertige,

bezahlbare und nachhaltige Postdienste für die wirtschaftliche und geographische Entwicklung und den sozialen Zusammenhalt in der Europäischen Union (EU) als grundlegende Infrastrukturdienste im Kommunikationssektor insgesamt wichtig sind. Sie stimmen überein, dass die Rechtsvorschriften in der EU die kontinuierliche Bereitstellung von Universaldienstleistungen in jedem Mitgliedstaat durch geeignete Maßnahmen gewährleisten sollen.

6. Die Mitglieder des Ausschusses Sozialer Dialog Post sind überzeugt, dass die vorgeschlagene zukünftige Marktöffnung mit sozial akzeptablen Beschäftigungsbedingungen einhergehen muss. Der Postsektor ist und bleibt beschäftigungsintensiv; Wettbewerb darf nicht auf Lohndumping und schlechtesten Arbeitsbedingungen gründen.
7. Die Mitglieder des Ausschusses Sozialer Dialog Post empfehlen daher, dass die Mitgliedstaaten im Rahmen der dritten Postdienste-Richtlinie eingeladen werden, durch die Anregung von Tarifverhandlungen oder durch Regulierung gemäß Gemeinschaftsrecht Maßnahmen auf dem Briefmarkt zu ergreifen, um Lohndumping und schlechteste Arbeitsbedingungen zu verhindern. Wettbewerb sollte insbesondere auf der Ebene der Servicequalität stattfinden. Fairer Wettbewerb im Postsektor kann nur dann erfolgreich sein, wenn entsprechende Beschäftigungsbedingungen gewährleistet und negative strukturelle Trends verhindert werden.
8. Mit der Unterstützung der Europäischen Kommission beauftragen die Mitglieder des Ausschusses Sozialer Dialog Post die Arbeitsgruppe „Entwicklung des Postsektors“:
  - a) Erfahrungen im Bereich sozialer Regulierung auf nationaler Ebene zu sammeln und auszutauschen,
  - b) die Entwicklung der Arbeitsorganisationen und Verfahrensweisen zur Kompetenzentwicklung zu analysieren,
  - c) mit der Europäischen Kommission alle möglichen Maßnahmen (einschließlich Nutzung sozialer Fonds) für die Erleichterung und Unterstützung des Change Management der Universaldienstleister zu besprechen,
  - d) die kontinuierliche Bereitstellung von postalischen Universaldienstleistungen in allen Mitgliedstaaten zu beobachten.

Brüssel, am 22 Juni 2007



Dominique BAILLY  
Präsident  
Ausschuss Sozialer Dialog Post



John PEDERSEN  
Vizepräsident  
Ausschuss Sozialer Dialog Post